Nr. 262 XXVIII. Jahrgang

Sonntag, 24. Oktober 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Suchsatz-Anzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.10, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13525, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die Lage Rußlands

Lenin hat in diesen Tagen auf dem Kongreß der Bauernsowjets in Moskau eine interessante Rede gehalten, über die uns unser Korrespondent folgende Drahtnachricht gibt:

O. E. Helsingfors, 23. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) In seiner Rede auf dem Kongreß der Bauernsowjets in Moskau sagte Lenin unter anderem: „Die ausländischen Diplomaten können es nicht verstehen, daß es kein Zeichen unserer Schwäche ist, wenn wir Frieden anbieten. Wie es sich herausgestellt hat, hat sich Rußland trotz der Blockade und trotzdem es von Feinden umringt ist, als Sieger erwiesen. Rußland ist nur ein Glied der allgemeinen internationalen Kette. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der ganzen Welt gestalten sich derart, daß unsre Feinde an Kräften verlieren, während wir stärker werden, darum siegt Rußland über das Bündnis der mächtigeren Staaten. Jetzt ist allein Wrangel übriggeblieben. Um den endgültigen Frieden zu erlangen, müssen wir Wrangel in kürzester Zeit erledigen. Wenn wir es nicht tun, werden Frankreich und Polen bald einen neuen Krieg gegen uns entfesseln. Ihr müßt unter den Bauern für die Unterstützung der Roten Armee agitieren. Ich weiß, daß die Bauern kein Papiergeld brauchen. Erklärt ihnen, daß wir erst die Industrie wiederherstellen müssen, und dann erst imstande sein werden, ihnen Waren zu liefern. Wir schaffen schon Heizmaterialien und Rohstoffe herbei. Ein ungeheures Feld produktiver Arbeit liegt vor uns. Wir werden dem Lande bald geben können, was es braucht. Das wird aber erst nach der Niederlage Wrangels geschehen können. Danach werden wir Rußland auf eine noch nie dagewesene Höhe heben."

Das Vertrauen, das aus den Leninschen und Trotzkischen Reden immer wieder herausklingt, wird durch die Tatsachen jedoch empfindlich in Frage gestellt. So haben jetzt, wie der Sozialrevolutionär Boris Sokoloff in London mitteilte, die Petersburger Arbeiter eine Volksabstimmung verlangt, in der darüber entschieden werden soll, ob Petersburg freie Stadt werden soll; andernfalls, so erklärte Sokoloff, stehe der Ruin Petersburgs bevor.

*

Der Kampf um Kiew

O. E. Warschau, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Meldung von der Einnahme Kiews durch die ukrainischen Aufständischen ist durch einen Moskauer Funkspruch widerlegt worden. Indessen bleibt die Lage von Kiew noch wie vor sehr kritisch. Im Norden haben zwei Gruppen von Aufständischen die Orte Jagotin und Koselez (etwa 60 Km. von Kiew) besetzt und den Bahnverkehr auf zwei Bahnstrecken unterbunden. Eine dritte, vorwiegend aus Reiterei bestehende Gruppe rückt längs des Dnjepr von Kanew vor (etwa 80 Km. südlich Kiew). Die ukrainischen Truppen unter General Pawlenko, die vor kurzem Shmerinka besetzt haben, suchen auf Kasatin vorzudringen, um mit den Aufständischen in Fühlung zu kommen.

*

Das russische Gold

Paris, 23. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Temps" aus Stockholm berichten „Dagens Nyheter", daß eine neue Sendung russischen Goldes über Reval in Stockholm eingetroffen und in einer Bank niedergelegt worden sei. Die Menge des bereits in Stockholm eingetroffenen Goldes könne zwar nicht geschätzt werden, aber es sei nicht daran zu zweifeln, daß die Summe von 17 Millionen Kronen für die nach Rußland gelieferten Waren hinterlegt ist. Eine große Summe Gold ist sofort wieder zurückgesandt worden. „Dagens Nyheter" erklären, daß ganz bestimmt ein großer Teil dieses Goldes für bolschewistische Propaganda bestimmt gewesen sei.

*

Sinowjew und Losowski

Berlin, 23. Oktober. Die beiden Bolschewistenführer Sinowjew und Losowski, die gestern vormittag kurz nach 8 Uhr vom Stettiner Bahnhof aus ihre unfreiwillige Heimreise angetreten haben, hatten mit ihrem zahlreichen Gefolge in einem hiesigen Hotel 15 Zimmer inne. Eine Reihe weiterer Räume diente zum Bureaubetrieb. Zur persönlichen Sicherheit hatten sie sich eine kommunistische Leibwache zugelegt, die vor den Türen Wache hielt und alle vier Stunden abgelöst wurde. Da diese Leibwache im Hotel sehr selbstherrlich auftrat, ließen die Beschwerden der übrigen Hotelgäste nicht lange auf sich warten. Für das Gepäck der Russen mußten zwei große Lastautos herbeigeschafft werden. Da man immerhin mit etwaigen Störungen rechnen konnte, waren für den Transport zum Bahnhof umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Die Regierung hatte versucht, Sinowjew und Losowski bereits vorgestern abzuschieben, hatte aber schließlich dem Drängen Kopps und Dr. Rosenfelds nachgegeben und für sie eine zweitägige Aufenthaltsverlängerung bewilligt.

× Stockholm, 23. Oktober. Sinowjew ist die erbetene Ermächtigung, durch Schweden nach Rußland zurückkehren zu können, nicht erteilt worden.

*

Vorbereitungen für einen Generalstreik

Berlin, 23. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen der „Freiheit" und des „Vorwärts" wird in Berlin ein Generalstreik in der kommenden Woche vorbereitet, der am Montag oder Dienstag beginnen soll, um in erster Linie gegen die Ausweisung der russischen Gewerkschaftsführer aus Deutschland zu demonstrieren. Der „Vorwärts" warnt die Mehrheitssozialdemokraten vor der Teilnahme.

Vor neuen Entwicklungen in Polen

Paris, 23. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der Ernst der polnischen Regierungskrise kann, wie dem „Temps" aus Warschau geschrieben wird, diejenigen, die mit Aufmerksamkeit den erschütternden Kampf zwischen den Nationalisten und den Linksradikalen verfolgt haben, nicht überraschen. Die Angelegenheit von Wilna war mehr ein Vorwand als die Ursache dieses Konflikts. Die Taktik der Nationalisten ist sehr geschickt. Es ist ihnen gelungen, wenn auch nicht förmlich, so doch tatsächlich, Pilsudski auszuschalten. Sie haben in Paderewski bereits einen Kandidaten für die Nachfolgerschaft gefunden. Der Minister des Aeußern hat eine neue französisch-englische Note erhalten, in der scharf umrissene Forderungen aufgestellt werden. Der Staatschef kann vielleicht aus dieser Zwangslage herauskommen, indem er die Verantwortlichkeit für die zukünftige Staatsangehörigkeit Wilnas auf den Völkerbund abwälzt, aber dadurch würde seine Lage den Nationalisten gegenüber nur noch erschwert.

*

Eine französische Anleihe für Polen

Warschau, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Aus gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen erfährt Ihr Korrespondent, daß die Stellung des polnischen Finanzministers Grabski, die durch die Angriffe der Presse in der letzten Zeit geschwächt war, in den letzten Tagen insofern gefestigt worden ist, als eine große französische Bankengruppe sich bereit erklärt hat, Polen eine große Anleihe, und zwar im Betrage von ungefähr zwei Milliarden Franken gegen Sicherstellung durch Naphthalieferungen zu gewähren. Die französische Regierung ist mit diesem Plane einverstanden. Gleichzeitig wird in finanziellen Kreisen versichert, daß der vor einigen Wochen in Paris abgeschlossene Lieferungsvertrag auf 60000 Tonnen Zucker bestätigt worden sei. Die polnische Regierung wird dieser Tage einen Vorschuß von 100 Millionen Franken auf diese Zuckerlieferungen erhalten.

*

Danzig und Polen

Paris, 23. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Nach den Pariser Abendblättern hat die polnische Delegation es endgültig abgelehnt, die Danziger Konvention zu unterschreiben.

\+ Danzig, 23. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die gegenwärtig für Danzig wichtigste Frage wird, wie den „Danziger N. N." aus Paris telegraphiert wird, in der Danziger Konvention geregelt sein. Danzig erhält dennoch deutsche Währung. Eine Währungsänderung kann nur erfolgen, sofern es die Umstände erfordern, und in Uebereinstimmung beider Parteien, Danzigs und Polens. Die bestehende Währung kann nicht durch einen einseitigen Beschluß des einen oder andern Teils abgeändert werden. Auch müssen beide Vertragsteile in freier Entschließung ohne Einwirkung von Zwang eine etwaige Abänderung beschließen.

*

Das Wilnaer Abenteuer

× Kowno, 23. Oktober. Die Litauische Telegraphenagentur meldet: Es steht fest, daß die polnische Regierung die Truppen des Generals Zeligowski, die die litauische Hauptstadt besetzt halten, eifrig unterstützt. Am 20. d. M. stellten litauische Flieger zwei Züge fest, die in der Richtung Wilna von Warschau über Lida fuhren. Weiteren Nachrichten zufolge zählen die Truppen Zeligowskis, die in Stärke von zwei Divisionen Wilna besetzt hatten, gegenwärtig sechs Divisionen. Ebenso kommen von Warschau Waffen- und Munitionstransporte. An der Frontlinie wurden vier Tanks und Panzerkraftwagen festgestellt. Eine Basis für Flugzeuge wird eingerichtet. Die Konzentration polnischer Truppen an der litauischen Frontlinie läßt vermuten, daß die Polen Litauen wieder angreifen wollen.

*

Die Rückkehr Le Ronds

\+ Kattowitz, 23. Oktober. Anläßlich der Rückkehr Le Ronds aus Paris fand gestern nachmittag auf dem hiesigen Marktplatze eine große Parade der französischen Truppen statt. Le Rond verteilte Orden an seine Soldaten und beglückwünschte jeden Dekorierten mit Küssen auf beide Wangen.

*

Korfantys Pläne

Paris, 23. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Das „Echo de Paris" setzt seinen Bericht über Oberschlesien an Hand des gefälschten polnischen Weißbuches fort. Korfanty habe während der Unruhen erklärt, er habe keine Furcht, er sei der Herr Oberschlesiens. Er fürchte auch nicht die deutsche Invasion bei der Abstimmung. Es würden keine 50000 kommen. Das „Echo de Paris" prophezeit, daß in drei Monaten Oberschlesien polnisch sein werde, ob aber friedlich, das werde von Deutschland abhängen. Aber wenn es nötig sei, würden 20 polnische Divisionen dafür sorgen, Deutschland auf den Weg des Wohlverhaltens zurückzubringen.

*

Ein polnischer Willkürakt

\+ Neustadt (Westpr.), 23. Oktober. Der deutsche Zeitungsverleger Stadtrat Emil Brandenburg, der Besitzer des beim Uebergang an Polen eingegangenen ehemaligen Kreisblattes, wurde von zwei polnischen Kriminalbeamten verhaftet und, wie jetzt bekannt wird, von den Polen bis nach Galizien verschleppt. Seine Freilassung war bisher nicht zu erzielen. Nach polnischen Angaben ist seine Verhaftung eine Vergeltungsmaßnahme für die Verhaftung eines polnischen Redakteurs in Westfalen. In Wirklichkeit aber wurde Brandenburg festgenommen, weil er nicht geneigt war, auf die Bedingungen eines polnischen Konsortiums über den Ankauf seines deutschen Zeitungsverlegerunternehmens einzugehen.

Die französische Gesamtforderung

Genf, 23. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" bringt jetzt einen Bericht über die letzte Sitzung der Wiedergutmachungskommission. Er bestätigt, daß die französische Gesamtforderung an Deutschland 175 Milliarden beträgt. Der Bericht des Blattes führt weiter aus: Es sei lediglich noch zu entscheiden, ob die Währung des Jahres 1914 oder des Jahres 1918 der Forderung zugrunde zu legen sei.

*

Die „Kriegsverbrecher"

× London, 23. Oktober. In der gestrigen Unterhaussitzung erklärte Chamberlain in Beantwortung einer Anfrage, daß der Zeitpunkt für den Beginn des Gerichtsverfahrens in Leipzig gegen Deutsche, die der Grausamkeit gegen britische Kriegsgefangene beschuldigt werden, nicht angegeben werden könne. Sobald der Zeitpunkt für das Verfahren vom Reichsgericht, das seines Wissens bereits gewisse Vorbereitungen getroffen und Nachforschungen angestellt habe, festgesetzt sein werde, würden die Anordnungen für die Teilnahme der Zeugen und der Vertreter Englands an dem Gerichtsverfahren vollendet werden.

Die Gefahr des Generalstreiks in England

Der Schritt des englischen Dreiverbandes, im Falle einer ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber den Forderungen der Grubenarbeiter am Sonntag den allgemeinen Ausstand zu erklären, würde die Arbeitslosigkeit von dreieinhalb Millionen Arbeitern bedeuten, wodurch in einer Woche die gesamte englische Industrie lahmgelegt werden würde. Vorläufig aber wird noch zu verhandeln versucht:

London, 23. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Im Verlauf einer gemeinsamen Konferenz der Eisenbahner und der Bergarbeiter, die Sonnabend vormittag stattfindet, wird jedenfalls vorgeschlagen werden, den Streik der Eisenbahner bis zum Abschluß einer am Mittwoch geplanten Verhandlung der Trade Union aufzuschieben. Eine gestern abend von dem Sekretär der Parlamentskommission der Trade Union ausgegebene Mitteilung läßt durchblicken, daß die Regierung sich anscheinend entschlossen hatte, diese Konferenz zu veranlassen. Gestern abend fand eine Versammlung sämtlicher Delegierter der Bergarbeiter des Kohlenbeckens von Wales statt, um zu entscheiden, ob man nicht die technischen Arbeiter, die mit der Instandhaltung der Pumpen betraut sind, von der Arbeit zurückhalten soll. Nach lebhafter Debatte wurden die Extremisten geschlagen.

In London ist man allgemein der Ansicht, daß der Eisenbahnerverband in Anbetracht eines von außen kommenden Druckes alles mögliche tun wird, um den Streik zu vermeiden. Summers, der politische Sekretär der Eisenbahner, erklärt, daß, wenn ein Streik ausbrechen sollte, er nicht als Führer auftreten würde. Die ganze Haltung der Arbeiterschaft gegenüber dem Bergarbeiterstreik hat infolge der Konferenz der Trade Unions ein neues Aussehen gewonnen; jedenfalls sei festzustellen, daß die allgemeinen Aussichten etwas hoffnungsvoller seien. Gestern nachmittag fanden zwischen den Ministern und den Leitern der Bergarbeiterbewegung vertrauliche Verhandlungen statt, um eine Grundlage für eine Konferenz zwischen den Bergarbeitern, Grubenbesitzern und der Regierung zu finden.

Sonach scheinen die Eisenbahner jetzt die Anführer in dem Kampfe zu sein. Ihr Streikbeschluß wurde gegen den Willen der Führer gefaßt. Sollte es zu dem Riesenausstande, wie ihn die Geschichte der Arbeiterbewegung bisher nicht kannte, kommen, so rechnet man bestimmt mit dem Rücktritt der Regierung und der Ausschreibung von Neuwahlen.

*

Ueber zwei Millionen Feiernde

Rotterdam, 23. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der „Courant" meldet aus London: Die Trade Union gibt am Freitag früh die Zahl der Streikenden und der wegen Kohlenmangels in der Industrie Feiernden mit 2118000 an. In Manchester stehen zwei Drittel der Webstühle, in Liverpool etwa die Hälfte der Fabriken still. Mit der militärischen Besetzung der Haupteisenbahnlinien im Vereinigten Königreich ist Freitag früh begonnen worden.

*

Neue Unruhen in Dublin

London, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Tagesblätter sprechen von schweren Unruhen in Dublin. Es ist auch das Gerücht verbreitet, daß ein Handstreich gegen das Arsenal gelungen sei und daß sich infolgedessen ein ernster Kampf zwischen den Angreifern und der Polizei entwickelt habe. Ein anderes Telegramm besagt, daß vorgestern abend in Dublin eine lebhafte Tätigkeit des Militärs geherrscht habe. Ausführlichere Nachrichten liegen bis zur Stunde noch nicht vor.

Die Verhaftungen in Italien

i. Rom, 23. Oktober. In Bologna wurde eine Versammlung anarchistischer Delegierter aus ganz Italien ausgehoben und vollzählig verhaftet.

Die industrielle Krise in Frankreich

S. Basel, 23. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Infolge der industriellen Krise haben in Frankreich große Arbeitseinstellungen stattgefunden. Tausende von Arbeitern sind in ganz Frankreich entlassen worden. Ganz besonders ernst ist die Lage infolge der Ernährungsverhältnisse in den ehemaligen Kampfgebieten. In den Departements des Nordens und im Loire-Departement sind die Aussperrungen sehr bedeutend. Im Seine-Departement sind 40 Prozent der Arbeiter der Metallindustrie, 50 Prozent der Arbeiter in der Tuchindustrie und 75 Prozent der in der Lederbranche entlassen worden.

Der deutsche Sieg in Kärnten

In der Flut der Sorgen, die Deutschland, seit die Blätter fallen, wieder mehr als zuvor bedrängen, ist ein Ereignis leider ziemlich spurlos an der deutschen Oeffentlichkeit vorübergegangen, das unsre größte Aufmerksamkeit verdient, nämlich die Abstimmung in Kärnten. Ueber das für die deutsche Sache so erfreuliche Ergebnis ist zwar bereits das Nötige berichtet worden. Man weiß, daß die Deutschgesinnten mit annähernd 60 vom Hundert der abgegebenen Stimmen den Sieg davongetragen haben, ein Resultat, das um so höher anzuschlagen ist, als in der Abstimmungszone drei Fünftel der Bevölkerung slowenisch oder windisch, d. h. zwar deutsch gesinnt, nach Abstimmung und Sprache jedoch Slowenen sind. Aber unter wie schwierigen Verhältnissen die Abstimmung stattfand, welche Kämpfe es noch bis unmittelbar vor dem 10. Oktober gekostet hat, damit überhaupt in einiger Freiheit abgestimmt werden konnte, und wie glänzend sich auch in diesem letzten, unblutigen Entscheidungskampfe das Kärntner Volk wieder bewährt hat, das ist in Deutschland noch kaum bekannt geworden. Und doch verdient auch diese Abstimmung, die zweite seit dem Frieden von Versailles, in der Deutsche mit Slawen um ihre Heimat ringen mußten, die dritte Volksabstimmung überhaupt, wenn man von der schändlichen Komödie der Belgier in Eupen und Malmedy absieht, die stärkste Beachtung im ganzen Reiche. Denn es ging auch an der Karawankenwand um mehr als ein paar schöne und fruchtbare, nicht einmal allzu dicht bevölkerte Täler. Wie der Kärntner, der mit aller Liebe an diesem südlichsten Teil seines Landes hängt, sich immer bewußt war, daß er in ihm zugleich seine ganze Heimat, das freie, ungeteilte Kärnten gegen die von Süden herandringende slawische Flut verteidigte, so sollte auch kein Deutscher im Reiche vergessen, daß dort unten, so gut wie an der Weichsel und in Masuren, wie bald auch in Oberschlesien, um eine deutsche Grenzmark gerungen wurde. Auch an der Drau und in den Karawankentälern hat das Deutschtum einen Sieg davongetragen.

Daß es so kam, obwohl das umstrittene Land bis zur Abstimmung im faktischen Besitz der Jugoslawen war und von ihnen verwaltet wurde, das ist vor allem das Verdienst des Kärntner Heimatdienstes, dessen Leiter und Helfer, mit Männern wie Landesrat Schumy und Oberleutnant Steinacher an der Spitze, nie ermüdend und niemals mutlos werdend für die heilige Sache ihrer Heimat kämpften. Das ist zweitens aber dem Deutschen Schutzbund zu danken, dessen Leiter, Herr v. Loesch, persönlich nach Klagenfurt geeilt war, um den Kärntner Heimattreuen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Ohne den Schutzbund wäre es auch kaum möglich gewesen, die im Deutschen Reich verstreut lebenden abstimmungsberechtigten Kärntner zu sammeln und sie nach ihrer Heimat zu führen. Es waren gewiß nicht allzu viele unter den mehreren Tausend Kärntnern im Reiche, denen das strenge Reglement der interalliierten Kommission das Stimmrecht ließ. Aber sie alle wurden trotz größter Schwierigkeiten ausfindig gemacht, und nach ihrer Heimat befördert, so beispielsweise die zahlreichen jungen Kärntner, die, Söhne der Waffenschmiede von Ferlach in Unterkärnten, in den Fabriken von Suhl Arbeit gefunden haben, nachdem die Industrie ihrer Heimatstadt durch die Jugoslawen erdrosselt worden war.

Es war für diese auswärtigen Abstimmungsberechtigten nicht leicht, bis in ihren Heimatort zu gelangen, denn die Jugoslawen hatten zwar die berüchtigte Demarkationslinie den Stimmberechtigten öffnen müssen, aber die Eisenbahnen waren unterbrochen. Infolgedessen mußten Autos aller Art zur Beförderung dienen, mittels deren es dann auch gelang, alle Abstimmungsberechtigten über Klagenfurt rechtzeitig an ihren Bestimmungsort zu bringen.

Daß die Abstimmung ohne ernstere Zwischenfälle verlief, ist wirklich nicht das Verdienst der Jugoslawen, die im Gegenteil die deutschgesinnte Bevölkerung bis zu allerletzt aufs allerschwerste terrorisierten. Die Laibacher Regierung bediente sich dazu sogenannter Prügelbanden, die den slawischen Turnerverbänden, den sogenannten Sokols, angehörten und die schließlich das Abstimmungsgebiet geradezu überschwemmten. Man schätzte ihre Zahl auf nicht weniger als 12000. Mit dem Messer, der Pistole und dem Knotenstock trieben diese Kulturträger aus Krain und Serbien Propaganda für den slawischen Gedanken und drohten jedem, der am 10. Oktober für Kärnten stimmen würde, mit blutiger Rache. Die Kärntner waren diesem Terror gegenüber machtlos. Sie bildeten zwar Schutzmannschaften aus den Reihen der Kärntner Heimattreuen, aber deren Waffe war allein die Heimatliebe. Trotzdem verfolgten die jugoslawischen Gendarmen sie auf Schritt und Tritt, um sie unschädlich zu machen. In der interalliierten Kommission in Klagenfurt aber war zweifellos ein Teil der Mitglieder nur scheinbar unparteiisch, in Wahrheit jedoch auf der Seite der Jugoslawen. Genau wie in Oberschlesien gegenüber den Polen zeigten sich auch hier die Franzosen als die Beschützer der Slawen, während die Engländer und besonders die Italiener in der Kommission sich durchaus korrekt verhielten. Die österreichische Vertretung bei der Kommission war leider ebenso unzulänglich wie die jugoslawische rührig und geschickt. In Wien hat man ja überhaupt dem Kampfe der Kärntner von Anfang an mit merkwürdiger Teilnahmslosigkeit zugesehen und darin hat sich bis zuletzt kaum etwas geändert. So war der Kärntner Heimatdienst ganz auf sich gestellt und er hat seine schwere Aufgabe glänzend gelöst.

Um so höher aber der Erfolg der Kärntner anzuschlagen ist, um so begreiflicher ist auch die Wut der Jugoslawen, die all ihre List und Tücke an der Heimattreue der Kärntner scheitern sahen. Sie haben ja auch, wie man es kaum anders erwartet hatte, nach der Abstimmung sofort den Versuch unternommen, das Schicksal Kärntens durch Gewalt zu wenden, indem sie unter offenem Bruch des Völkerrechtes von neuem Truppen in das Abstimmungsgebiet entsandten. Aber dieser freche Versuch, die Entente vor eine vollendete Tatsache zu stellen und sie womöglich zum Bruche des Friedensvertrages zu bewegen, dürfte gescheitert sein. Der Botschafterrat in Paris hat wohl oder übel erklären müssen, daß die Abstimmung zu Recht besteht. Kärnten wird also frei und ungeteilt im Verbande

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201024/1